



Auf dem Weg zum Wertstoff-gesetz

Thomas Schmid-Unterseh
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau
und Reaktorsicherheit

NABU Dialogforum Kreislaufwirtschaft
Berlin

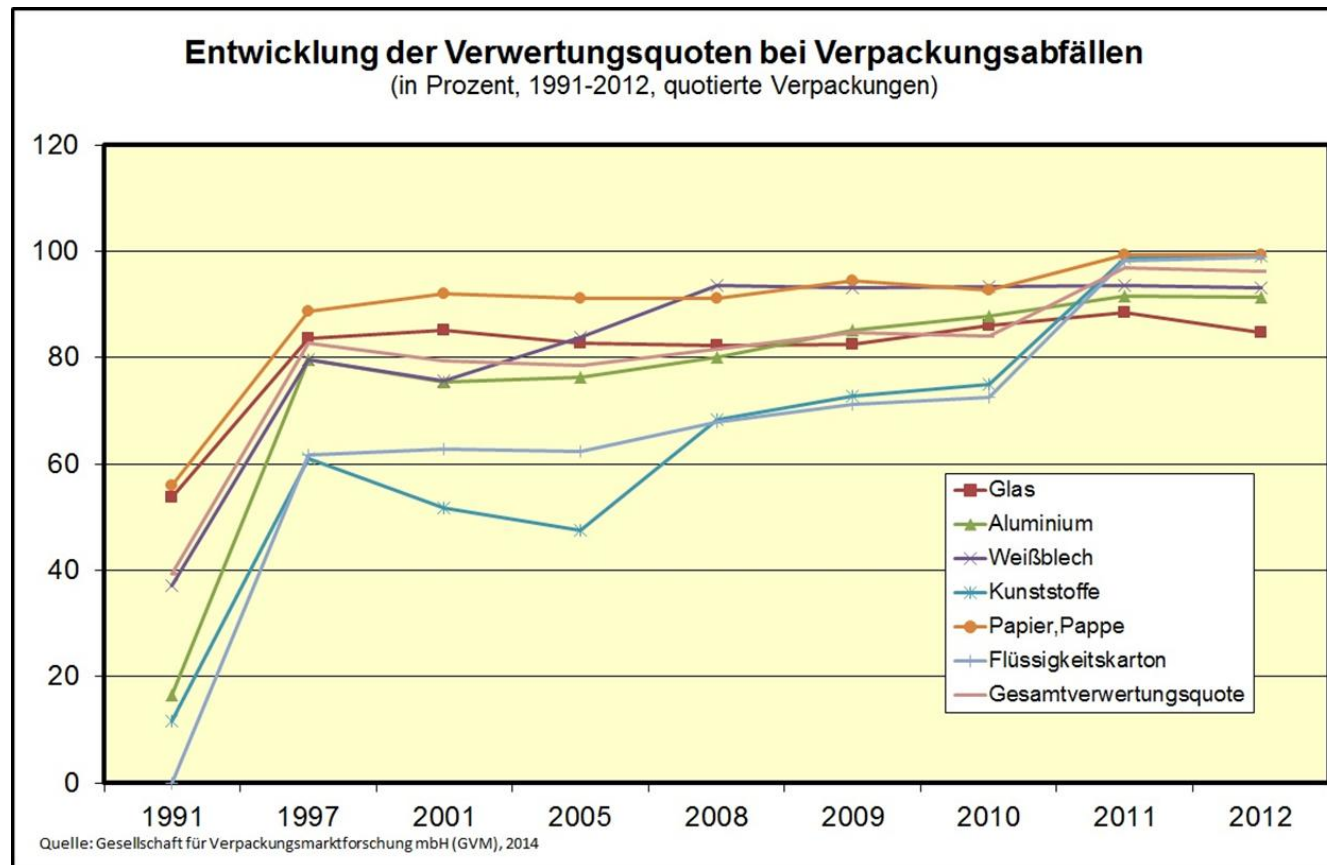


Koalitionsvertrag: Fortentwicklung der VerpackV

- Gemeinsame haushaltsnahe Wertstoffeffassung (Verpackungen und andere Wertstoffe)
- Weiterentwicklung der VerpackV zu einem Wertstoffgesetz
- Hochwertiges Recycling im Mittelpunkt
- Eckpunkte: Produktverantwortung, Wettbewerb, Kosteneffizienz, Verbraucherfreundlichkeit



Ausgangspunkt: VerpackV





Recycling

Verkaufsverpackungen (priv. Endverbrauch)

	1991	1995	2008	2012
Glas	53,7%	76,4%	82,9%	84,0%
Weißblech	33,8%	66,6%	95,7%	95,6%
Aluminium	5,1%	51,0%	82,1%	92,3%
Kunststoff	3,1%	53,4%	54,0%	53,9%
PPK	28,0%	61,1%	81,7%	81,5%
Flüss.karton	k.A.	46,7%	67,8%	71,0%
gesamt	37,3%	67,4%	75,2%	75,7%

Quelle: GVM, 2014 – Werte aus 2012 = vorläufig, auf Basis Vorausschätzung Verpackungsverbrauch



Verpackungsentsorgung im Wettbewerb

- Wettbewerb führt zu Kosteneffizienz
- Wettbewerb braucht rechtlichen Rahmen und Vollzug
- Trittbrettfahren, Missbrauch, Umgehung
- 5. Novelle im Jahr 2008
- „Eigenrücknahme“ und „Branchenlösungen“
- 7. Novelle im Jahr 2014



Erweiterung zur Wertstofftonne

- Erschließen zusätzlicher Wertstoffpotentiale, die derzeit noch im Restmüll entsorgt werden
- Verbesserung der Akzeptanz
- Effizienzsteigerung und Beitrag zu verbesserter Ressourcenproduktivität

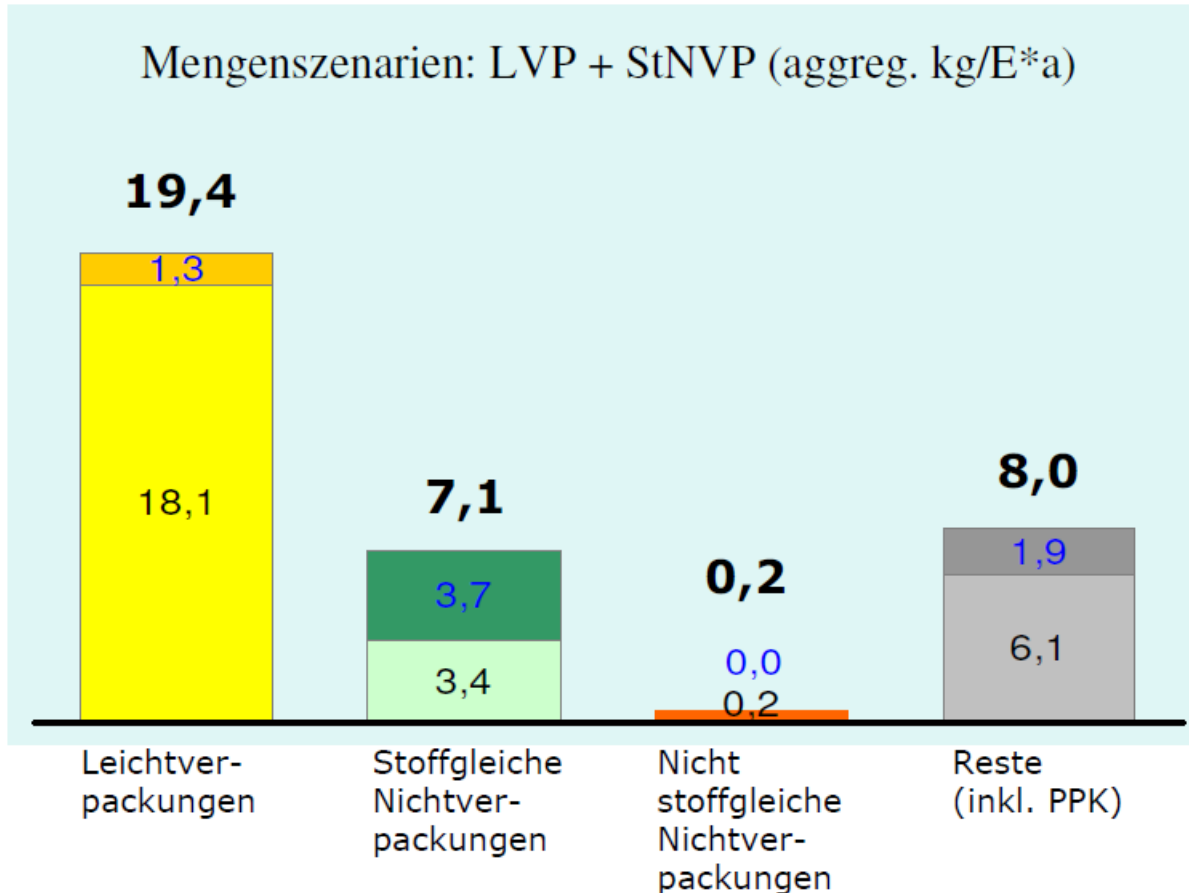


Vorarbeiten in der 17. Legislaturperiode

- Studien zur Evaluierung der VerpackV, zur “Idealzusammensetzung” der WST, zu Trägerschaft und Finanzierung, zu Verwertungsquoten
- Planspiel
- Rechtsgutachten
- Stakeholder-Gespräche und Online-Dialog



Mehr Menge ins Recycling



Status quo: ca.
27,8 kg E/a

Erwarteter
Mengenzuwachs
• rund 7 kg E/a
• 570.000 t p.a.

Erwarteter
Wertstoffzuwachs
• 5 kg E/a
• 410.000 t p.a.



Inhalt einer Wertstofftonne

- Aufgrund der Erfahrungen mit Modellprojekten wird signifikanter Anstieg der erfassten Mengen erwartet
- flächendeckender einheitlicher Zuweisungskatalog erforderlich
- stoffgleiche Nichtverpackungen aus Metallen und Kunststoffen sollen neben Leichtverpackungen in die Wertstofftonne
- keine Miterfassung von Holz, Gummi, Textilien, Batterien
- keine Empfehlung für Elektrokleingeräte



Eckpunkte für die Diskussion

- Einheitliche Wertstofffassung: verständlich und ökologisch sinnvoll
- flächendeckend, haushaltsnah, bürgerfreundlich – mit Raum für lokale Besonderheiten
- Wettbewerb sorgt für Innovationen und Kosteneffizienz
- Produktverantwortung als tragendes Prinzip
- mehr Transparenz und Verursachergerechtigkeit durch Verhindern von Ausweichmöglichkeiten und Einrichtung einer Zentralen Stelle
- hohe ökologische Anforderungen



Verwertungsanforderungen

Vorschlag der Studie HTP/Ökoinstitut 2012:

- Einheitliche Anforderungen für LVP und stNVP
- Quotenbasis: Wertstoffmenge im Sammelgemisch
- Höhe der Recycling-Quoten:
 - Fe-Metalle: 95 %
 - NE-Metalle: 72 %
 - Kunststoffe: 90 % Verwertung, davon 60 % werkstoffl.
 - Kunststoffbeschichtete Kartonverpackungen: 80 %
- Selbstlernende Quoten
- Anforderung an Sammeleffizienz: 22 kg/Ew a



Zentrale Stelle

mögliche Aufgaben:

- Registrierung der Erstinverkehrbringer,
- Entgegennahme/Prüfung der Vollständigkeitserklärungen
- Abgleich mit Mengenmeldungen der dualen Systeme
- Kontrolle der dualen Systeme
- Kontrolle von Branchenlösungen
- Standardisierung / Einzelfallentscheidungen zu Verpackungsarten, Systembeteiligungspflicht, Systemgängigkeit, Anfallstellen u. a.
- Berechnung der Marktanteile der dualen Systeme
- Koordination der Aufteilung der Nebenentgelte



Zentrale Stelle

Organisation:

- Getragen von den Produktverantwortlichen
- Rechtsform: ggf. Stiftung des Privatrechts
- Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben durch Beleihung
- Neutralität gegenüber allen Marktteilnehmern
- Einbindung der von Aufgabenerledigung Betroffenen
 - Erstinverkehrbringer (Industrie, Handel)
 - Kommunen
 - duale Systeme, Entsorgungswirtschaft, Sachverständige
 - Verbraucherverbände, Umweltschutzverbände
 - Bund und Länder



Fragen aus der Debatte

- Verantwortung für Sammlung, Sortierung, Verwertung?
- wie viel Wettbewerb ist nötig – und möglich?
- Produktverantwortung auch für stNVP?
- Finanzierung durch Lizenzentgelte, Gebühren, Steuern, Abgaben?
- Eigentum an den Wertstoffen?
- Ausgestaltung der ökologischen Anforderungen



Stand der Dinge

- schwierige Suche nach Kompromiss war in der 17. Legislaturperiode erfolglos
- Lösung muss in Bundestag und Bundesrat mehrheitsfähig sein
- „idealtypische“ Lösungen haben keine Chance
- in der öffentlichen Diskussion: „Optionen-Modelle“ unterschiedlicher Ausprägung
- Modellprojekte als „Muster“; schon heute rd. 12 Millionen Einwohner angeschlossen



EntschlieÙung des Bundesrats vom 11. Juli 2014

- Aufforderung an Bundesregierung ein Wertstoffgesetz vorzulegen
- Gemeinsame Erfassung von LVP und stNVP
- Produktverantwortung erweitern
- Hochwertige Verwertung
- Vollzugsfähigkeit sicherstellen



Kooperationsmodell

- Aufsetzen auf bestehendem rechtlichen Rahmen: LVP in privater, stNVP in kommunaler Verantwortung
- Flexible Ausgestaltungsmöglichkeiten:
 - Mitbenutzung der dS-Erfassung durch Kommune
 - Gebietsteilung
 - Kommunale Tonne des örE als dS-Beauftragter
- Flankierende gesetzliche Rahmenbedingungen / „Leitplanken“



Wie geht es weiter ?

- Gute Gründe für gemeinsame Anstrengungen
 - Einheitliche Wertstoffeffassung ökologisch sinnvoll
 - Bürger nehmen die Verantwortlichen beim Wort
 - Getrenntsammlung ab 2015 in KrWG verankert und EU-rechtlich vorgegeben
 - Umsetzung der Hierarchie



Wie geht es weiter ?

- Nächste – und weitere - Schritte:
 - Arbeitsentwurf wird Anfang des Jahres 2015 zur Diskussion gestellt
 - Abstimmung eines Referentenentwurfs
 - Anhörung der beteiligten Kreise
 - Notifizierung bei der EU
 - Kabinett
 - Bundestag und Bundesrat



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !

Thomas Schmid-Unterseh

**Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**